

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 18 (1938-1939)
Heft: 4

Artikel: Bruch oder Entwicklung?
Autor: Grimm, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-333472>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sich zu manifestieren. Die zwischenparteiliche Zusammenarbeit scheint ein wirksames und damit vorzügliches Mittel dafür zu sein.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat aus diesen tatsächlichen Feststellungen zum Ergebnis der eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. November 1938 die sich ihr aufdrängenden Konsequenzen zu ziehen. Das gilt parteiintern, vom Standpunkt der Parteidemokratie und der Parteidisziplin aus gesehen, das gilt aber auch in ihrem Verhältnis zu den übrigen Parteien des Landes, und das gilt nicht zuletzt auch in ihren Beziehungen zu den übrigen Organen der schweizerischen Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz muß sich innerhalb der schweizerischen Arbeiterschaft wiederum auf ihre politische Führerrolle besinnen und dementsprechend ihre Tätigkeit politisch aktivieren.

Bruch oder Entwicklung?

Von Robert Grimm

Die Politik der Sozialdemokratie der Schweiz hat sich verändert. Ihre Einstellung zu den politischen und gesellschaftlichen Tatsachen des Landes ist anders geworden. Um nur ein paar Beispiele herauszugreifen: Die militärische Landesverteidigung wird bejaht, früher verneint. Militärkredite, Aufrüstungsmaßnahmen werden gefordert, während früher das Staatsbudget wegen der Militärausgaben abgelehnt wurde. Die Demokratie hat ehrliche Anerkennung gefunden, das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats wurde verlassen. Der Ruf nach einer Verständigungspolitik mit den bürgerlichen Parteien ist von der Sozialdemokratie ausgegangen, die Losung des integralen politischen Kampfes gegen den bürgerlichen Klassengegner wurde aufgegeben.

Die Wandlung ist unbestreitbar, und mancher faßt sie als einen Bruch mit der Vergangenheit auf. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Entwicklung, nicht um einen Bruch. Der Prozeß ist international bedingt und schweizerisch fundiert.

International bedingt. Der Weltkrieg 1914—1918 (man muß schon die Jahrzahlen nennen, weil die heutige Generation sonst kaum weiß, welchen Weltkrieg man meint) hatte scheinbar alle Hoffnungen auf ein Reich des Friedens, des Rechts und der sozialen Gerechtigkeit erschlossen. In Wirklichkeit trug er schon alle Gegensätze und Widersprüche der späteren Ereignisse in sich. Aus den imperialistischen Interessen heraus entstanden, bedeutete sein Ende mit dem Sieg der Ententemächte nur eine durch die militärische und ökonomische Erschöpfung bedingte Unterbrechung des Austrags der gleichen imperialistischen Gegensätze, die 1914 den Weltbrand herbeiführten.

Man kleidete diesen Erschöpfungszustand in die Form des Völkerbundes, der seinem ganzen Wesen nach nichts anderes als ein Bund der siegreichen kapitalistischen Regierungen und ihrer Hilfstruppen

war. Auch die Tatsache der mitteleuropäischen Revolutionen änderte an diesem Charakter nichts. Wenige Jahre nach Kriegsschluß lebten auf dem Balkan neue kriegerische Ereignisse auf, die die Ohnmacht des Völkerbundes illustrierten. Wenige Jahre nach den Revolutionen verfielen sie den konterrevolutionären Bestrebungen, zuerst in Ungarn, wo die Räteherrschaft rasch überwunden wurde, dann in Deutschland, wo der Einfluß der bürgerlichen Parteien auf die Weimarer Republik sich immer verhängnisvoller auswirkte, dann in Oesterreich, wo die Arbeiterregierung ihre Ablösung durch eine klerikale-christlichsoziale Regierung fand.

Zwei große Tatsachenkomplexe haben diese Entwicklung mächtig gefördert: die Natur und Struktur der sogenannten Friedensverträge sowie der Zerfall der Weltwirtschaft und des Welthandels.

Waren die Friedensverträge Produkt der Rache und der Vergeltung, so war auch die Politik der maßgebenden Siegermächte eine Politik der Rache und der Vergeltung. War die Aufteilung Europas nach dem Kriege ohne jede Kenntnis und Beachtung der wirtschaftlichen Zusammenhänge und nur bestimmt durch die politischen Gesichtspunkte der Vergeltung erfolgt, so stand die Friedenspolitik der Nachkriegszeit im Zeichen einer völligen Verkennung der einer friedlichen internationalen Entwicklung dienenden Bedürfnisse. Der Weimarer Republik wurde hundertmal verweigert, was man dem nationalsozialistischen Regime Hitlers später Stück um Stück, in immer rascherem Tempo und immer größerem Ausmaß zugestand. Die Keime von München, Godesberg und Berlin lagen in dieser Politik.

Der Erschöpfungszustand am Kriegsende spiegelte sich in der vorausgegangenen wirtschaftlichen Erschöpfung wider. Der Weltkrieg hat den internationalen Markt auseinandergerissen, die Friedensverträge vermochten ihn nicht wieder zusammenzubringen. Die besiegten Mächte wurden unter der Last der Reparationen wie unter dem aufgehäuften Elend, das der Krieg zurückgelassen hatte, erdrückt. Die Inflation führte in einer ungeheuren Schnelligkeit in den Abgrund, und selbst die Siegermächte waren zufolge des zerstörten Weltmarktes und der drückenden Kriegsschulden auf die Dauer nicht mehr in der Lage, ihre Währung aufrechtzuerhalten.

Man übersieht diese Dinge nur allzu leicht, wenn man über die geschichtliche Entwicklung der letzten zwanzig Jahre urteilt. Gewiß, uns Außenseitern, denen ja die Ereignisse bis heute materiell wenigstens noch nicht allzu hart mitgespielt haben, und uns ein relativ großes Maß bürgerlicher Freiheiten ließen, mag scheinen, als ob durch Vermeidung mancher Fehler der Gang der Entwicklung entscheidend hätte beeinflußt und rechtzeitig einer Wende hätte entgegengeführt werden können. Retrospektiv aber erkennen wir, wie sehr diese »kapitalen Fehler« in den Reihen des kämpfenden Sozialismus auf einem von ihm nicht geschaffenen Boden und aus der Zwangsläufigkeit der Entwicklungsverhältnisse entstanden sind. Man vergegenwärtige sich nur die soziale Lage der Bevölkerung in den besiegten Ländern am Ende des Krieges, wo theoretische Erörterungen über das Wesen der deut-

schen Revolution zwar sicher interessant gewesen sein mochten, aber nicht die Aufnahme, Zusammenhaltung und Versorgung der zurückflutenden Soldaten ermöglichen konnten. Man denke an den quellen- den Gegensatz zwischen dem durchindustrialisierten Westen Europas und den erst aus der Agrarentwicklung und zum modernen kapitalistischen Produktionssystem hindrängenden jungen Staaten des europäischen Ostens. Man werfe den Blick auf die Unterbindung der zwischenstaatlichen Handelsbeziehungen seit der Nachkriegszeit und auf die völlige Zertrümmerung der frühern Rohstoffverteilung der Welt. In diesem schwach aufgesteckten Lichtlein schon, das die großen Zusammenhänge nur oberflächlich anzudeuten vermag, erscheint manches Ereignis anders, objektiver, als wie es gefühlsmäßig gelegentlich beurteilt wird.

*

Für die Schweiz mußten sich aus diesen zwanzig Jahren Geschichte grundlegende Veränderungen ergeben. Wirtschaftlich und sozial kann sie aus eigener Kraft nicht leben. Sie braucht Rohstoffe und Lebensmittel und sie braucht einen internationalen Markt für ihre Produkte, die sie, um ihre Bevölkerung zu ernähren, absetzen muß. Im Kriege selbst lebte sie von der Gunst ihrer Neutralität. In der Nachkriegszeit wurde sie durch eine Zweijahreskrise der Wirtschaft hart getroffen. Dann folgten die Jahre der Scheinkonjunktur bis 1930/31 und seither das ununterbrochene Andauern der wirtschaftlichen Depression. Wie wenig sich die Schweiz wirtschaftlich auf ihren Eigenboden zurückziehen kann, das hat die Abwertung gezeigt. Sie hat weder die Beseitigung der Arbeitslosigkeit gebracht, wie viele hofften, noch brachte sie eine unerträgliche Teuerung, wie viele befürchteten. Beides ist auf die internationalen Zusammenhänge zurückzuführen.

Auch hier will ich diese Zusammenhänge nur andeuten. Die Inflation in den andern Ländern führte zu den bekannten Dumpingimporten. Die Schweiz mußte ihre Handelsbeziehungen neu gestalten. Sie wurde zu Maßnahmen gezwungen, die mit der Vergangenheit in einem klaffenden Widerspruch standen. Der freie Verkehr von Waren, Personen und Kapitalien über die Landesgrenzen hinweg war gestört. Es kam zu jener handelspolitischen Regelung, die mit dem Clearing, dem Kompensationsverkehr, den Einfuhrbeschränkungen hinreichend gekennzeichnet ist.

Aber diese Maßnahmen vermochten die Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise von der Schweiz nicht fernzuhalten. Die Arbeitslosigkeit wuchs rapid. Heute, zwei Jahre nach der Abwertung, die immerhin eine erfreuliche Erleichterung gebracht hatte, ist sie wieder im Steigen begriffen. Das verkümmerte Absatzvolumen der Schweiz im Ausland schädigte auch die für den Inlandsmarkt arbeitende Wirtschaft. Das Baugewerbe, der produzierende Mittelstand, der Handel, die Landwirtschaft, die Fremdenindustrie stehen unter verschärftem Druck.

Dazu kommt die Not der öffentlichen Finanzen. Sie verschärft sich zusehends, trotz Sparmaßnahmen und verwirklichter Finanzprogramme,

weil allen berechtigten Bestrebungen zum Spott es in der Schweiz noch nicht gelungen ist, die beispiellose Steuerhinterziehung zu beseitigen und jene zwischen privaten Gläubigern und Schuldnern als selbstverständlich angesehene Moral auch auf das Verhältnis zwischen Staat und Steuerzahler zu übertragen.

Die internationale politische Lage hat den finanziellen Druck auf die öffentliche Hand weiter verschärft. Kein Mensch verschließt sich heute den Notwendigkeiten der militärischen Landesverteidigung. In weiten Kreisen des Volkes hat man sogar das Gefühl ihres Ungenügens. Die angeforderten Beträge gehen in die Hunderte von Millionen und übersteigen die Kosten des militärischen Aufwandes, den die Schweiz während des Weltkrieges zu machen hatte.

Daß diese objektiven Veränderungen nicht ohne Einfluß auf die Politik der schweizerischen Sozialdemokratie sein konnten, bedarf keiner Beweisführung. Aber auch die Entwicklungsverhältnisse innerhalb der Arbeiterbewegung, hervorgerufen durch die veränderte soziale Lage der Arbeitermassen, mußten zu einer Ueberprüfung und Aenderung der sozialdemokratischen Politik der Schweiz führen.

*

Hauptträger der schweizerischen Arbeiterbewegung sind die Gewerkschaften. Ihre Vorkriegsperiode ist gekennzeichnet durch Streiks und Aussperrungen. Die Streikwelle des Jahres 1918 bedeutete den Kulminationspunkt und zugleich den Abschluß dieses Entwicklungsabschnittes. Die erreichte Kraftentfaltung erlaubte und die veränderten wirtschaftlichen Zustände zwangen zu einer Aenderung der Kampfmethoden. Die Streiks sind seltener geworden und heute praktisch bis auf wenige Ausnahmefälle verschwunden. In geleerten Fabriken ist der Streik nicht verlockend. An Stelle der Streiks sind die Verhandlungen mit den Unternehmern getreten, deren Resultate in den Tarifsystemen und Abkommen erscheinen. Die veränderten sozialen Bedingungen der Arbeiterklasse haben den Gewerkschaften neue Aufgaben zugeschrieben. Die Arbeitslosenfürsorge der Schweiz beruht grundsätzlich auf dem Versicherungsgedanken, nicht auf dem leicht schwankenden Fürsorgeprinzip. Träger der Arbeitslosenversicherung sind die Gewerkschaften. Sie bewältigen hier eine unerhört große Aufgabe und verhüten es, daß der Staat einen gewaltigen bürokratischen Apparat für die Durchführung der Arbeitslosenfürsorge aufziehen und unterhalten muß.

Im Gewerkschaftsbund sind zwei, ihrer Struktur nach verschiedene Hauptteile organisatorisch zusammengeschlossen. Die Privatarbeiter der Metall- und Uhrenindustrie, des Bau- und Holzgewerbes usw., das öffentliche Personal des Bundes, der Kantone und der Gemeinden. Der Kampfboden beider Gruppen ist verschieden. Die Privatarbeiter erledigen ihre Belange in direkten Unterhandlungen mit den Unternehmern, ohne daß der Staat normalerweise dazwischentritt. Das öffentliche Personal verhandelt mit den Vertretern des Staates und der Gemeinden, mit den Parlamenten, im weitern Sinn mit den politischen Parteien. Daraus entsteht eine verschiedene taktische Lage.

Auch wirtschaftlich sind objektive Verschiedenheiten leicht zu erkennen. Die Arbeiterschaft der Exportindustrie mißt der Frage der Lebenshaltungskosten naturgemäß eine andere Bedeutung bei als das öffentliche Personal. Steigen beispielsweise die Preise der landwirtschaftlichen Produkte, so kann das öffentliche Personal in einem vermehrten Druck auf die politischen Behörden hinsichtlich der Löhne und Besoldungen eine gewisse Kompensation erblicken, derweil für die Arbeiter der Exportindustrie dieser Ausgleich nicht besteht. Man darf die Verschiedenheit dieses Kampfbodens nicht übersehen, wenngleich sie erfreulicherweise bis heute die gegenseitige Solidarität nicht zu beeinträchtigen vermochte.

Indes, nicht nur innerhalb der Organisationen der Arbeiterbewegung haben sich entscheidende Wandlungen vollzogen. Auch die seelische Verfassung des einzelnen Arbeiters ist je nach seinen momentanen sozialen Verhältnissen eine andere geworden. Es hat doch mit Sozialismus und sozialistischer Auffassung wenig oder gar nichts zu tun, wenn sich der Arbeitslose empört, daß Arbeiter aus einer andern Gemeinde für lokale Bauarbeiten beigezogen werden. Es versteht der Arbeitslose wenig, wenn mit der Steuererhöhungsklausel versehene Arbeitsbeschaffungskredite mit Rücksicht auf die vermehrte steuerliche Belastung abgelehnt würden. Es versteht es aber auch der öffentliche Funktionär nicht ohne weiteres, wenn er Lohnkürzungen mit der Begründung in Kauf nehmen soll, daß Mittel für die Arbeitsbeschaffung bereitgestellt werden sollen.

Die Gewerkschaften oder genauer der Gewerkschaftsbund haben sich in vermehrtem Maße mit politischen Fragen befaßt. Ihr Bestreben ist durchaus verständlich, wenn auch einige Vorbehalte am Platze sein mögen. Es mußten sich gelegentlich Divergenzen ergeben, die sachlich fundiert sind und außerhalb der Sphäre persönlicher Gegensätze liegen. Die Kunst der Gewerkschafts- und der Parteipolitik ist es, einen Mittelweg zu finden, einen Ausgleich, der nicht zuletzt weitgehend durch die politischen Macht- und Kräfteverhältnisse beeinflußt wird.

*

Wie aber steht es mit den Machtverhältnissen? Ich wiederhole, was ich schon früher in diesen Heften schrieb: keine Wirtschaftsgruppe und keine Partei kann aus eigener Kraft und nur auf sich selbst angewiesen das Land regieren, seine Politik bestimmen. Regional bestehen in *allen* größeren Parteien einander zuwiderlaufende Interessen. Der Föderalismus ist ihr Ausdruck. Konfessionelle, ideologische und politische Gegensätze erschweren selbst innerhalb des Lagers der bürgerlichen Parteien eine einheitliche Linie der Politik. Die Behauptung von dem »einen reaktionären Bürgerblock« wird in seinem absoluten Begriff widerlegt durch die Tatsache, daß die bürgerliche Bundesratspolitik wiederholt gegen einen großen Teil der bürgerlichen Parteien durch die Sozialdemokratie gestützt werden mußte.

Wirtschaftlich steht es nicht anders. Was wäre aus der so glänzend gutgeheißenen, innerhalb der Arbeiterbewegung vorübergehend stark

umstrittenen Vorlage über die Uebergangslösung zur eidgenössischen Finanzreform geworden, wenn nicht die Sozialdemokratische Partei, wenn nicht die Gewerkschaften und der Föderativverband für das Projekt eingestanden wären? Was würde aus den Wirtschaftsartikeln, was aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm und seiner Finanzierung werden, wenn die beiden Vorlagen nicht der Unterstützung durch die Arbeiterorganisationen teilhaftig würden? Was wäre selbst auf rechtlichem Gebiet geworden, wenn nicht die Arbeiterorganisationen das Strafrecht gerettet hätten?

Die Parole der Verständigungspolitik, der Politik der Mitte, drängt sich bei der gegebenen politischen Lage förmlich auf. Für die Sozialdemokratische Partei wie für die bürgerlichen Regierungsparteien. Scheitert diese Zusammenarbeit, dann scheitern nicht nur die politischen Parteien. Dann scheitert die Demokratie, dann scheitert das Land. Dann öffnen sich die Tore für eine nazistische Durchdringungs- und Aushöhlungs politik, wie sie sich in Oesterreich und wie sie sich im Sudetenland aufgetan hat. Und zwar mit allen ihren unerbittlichen Konsequenzen.

*

Wenn sich also die Politik der Sozialdemokratischen Partei geändert hat, wenn ihre Einstellung zu den politischen und gesellschaftlichen Tatsachen des Landes eine andere geworden ist, so bedeutet das keinen Bruch mit der Vergangenheit, wohl aber eine neue Phase der Entwicklung, die sich an die veränderten Zustände anlehnt. Dabei kann es aber nicht bleiben. Es genügt nicht, daß die Sozialdemokratie der Schweiz den objektiven Besonderheiten der gegenwärtigen innen- und außenpolitischen Lage, der neu gewordenen ökonomischen und sozialen Situation Rechnung trägt, ohne den Widerhall im bürgerlichen Lager zu würdigen und ihr weiteres Verhalten danach zu bestimmen. Hat die Sozialdemokratie ihre frühere Intransigenz aufgegeben, rief sie, im Interesse des Ganzen, der Erhaltung der Demokratie und des Bestandes der Schweiz, einer Zusammenarbeit der Parteien, so muß sie sich auch über die Bedingungen einer solchen Zusammenarbeit klar werden. Dazu verpflichtet auch der für viele überraschende Ausgang der Volksabstimmung vom 27. November 1938. Dieses Ergebnis, das eine schlagende Widerlegung des Verneinungswillens der Demokratie, ihrer angeblichen Unfähigkeit, Notprobleme zu lösen, darstellt, erleichtert vielleicht die Wege der interparteilichen Zusammenarbeit. *Es wird ganz wesentlich sein, wie im bürgerlichen Lager der heutige Volksentscheid, an dem Regierungstreue bis in die letzten Tage zweifelten, kommentiert wird und welche politischen Schlüsse sie aus dem nur durch die nicht eben leichte Zusammenarbeit der großen politischen Parteien zustande gekommenen Fähigkeitsausweis der Demokratie ziehen.*

Ich möchte mir aus diesem Grunde die Weiterführung der Diskussion über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit der politischen Parteien für ein nächstes Heft vorbehalten.

27. November 1938.